

Titel

Konzentration Rechts – Sammlung in der Mitte – Umgruppierung Links

Medienbericht zur Wahltagsbefragung der
SRG SSR idée suisse, erstellt vom
Forschungsinstitut gfs.bern

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

Bianca Rousselot, Politikwissenschaftlerin

Lukas Golder, Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe, Datenanalytiker/Programmierer

Silvia Ratelband-Pally, Administratorin

Martina Imfeld, Projektmitarbeiterin

Jonas Kocher, Projektmitarbeiter



Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
1. DIE HEADLINES	3
2. DIE WAHLTAGSBEFragung 2007.....	6
2.1 DIE FRAGESTELLUNGEN UND ZIELE.....	6
2.2 DIE TECHNISCHE DATEN	6
3. DIE BEFUNDE	8
3.1 DIE WAHLSIEGER 2007	8
3.2 DIE WAHLBETEILIGUNG UND DIE MOBILISIERUNG 2007.....	10
3.3 DIE PARTEISTÄRKEN, DAS WECHSELWÄHLEN UND DAS PANASCHIEREN 2007.....	12
3.4 DIE ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE 2007	15
3.5 DIE ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESRATES 2007	18
3.6 DER ENTSCHEIDUNGSZEITPUNKT 2007.....	20
3.7 DIE POLITISCHE ANALYSE DER PARTEIWÄHLERSCHAFTEN 2007.....	22
3.8 DIE SOZIO-DEMOGRAPHISCHE ANALYSE DER PARTEIWÄHLERSCHAFTEN 2007	25
3.8.1 <i>Das sozio-demographische Profil der SVP.....</i>	<i>25</i>
3.8.2 <i>Das sozio-demographische Profil der FDP</i>	<i>25</i>
3.8.3 <i>Das sozio-demographische Profil der CVP</i>	<i>26</i>
3.8.4 <i>Das sozio-demographische Profil der SP.....</i>	<i>27</i>
3.8.5 <i>Das sozio-demographische Profil der Grünen</i>	<i>28</i>
4. DIE SYNTHESE	29
DAS GFS.BERN TEAM.....	31

1. Die Headlines

Die Wahlergebnisse zu den Nationalratswahlen 2007 lauten: Die SVP ist mit 29 Prozent unverändert die wählerInnen-stärkste Partei. Gefolgt wird sie von der SP mit 19,5 Prozent, der FDP mit 15,6 Prozent, der CVP mit 14,6 Prozent und den Grünen mit 9,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug nach vorläufig amtlichen Endergebnissen 48.9 Prozent.

Allgemeine Charakteristik

Eine eindeutige, allgemeine Charakterisierung des Wahlresultats 2007 gibt es nicht. Feststellbar ist: Der Umbau des Parteiensystems schreitet weiter voran. Die Veränderungen im Parteiensystem der Schweiz sind 2007 nicht zur Ruhe gekommen. Sie folgen aber nicht mehr dem bisher bekannten Muster der "Bi-Polarisierung". Wir fassen das in einem neuen Titel zur Wahltagsbefragung 2007 wie folgt zusammen: Konzentration rechts – Umgruppierung links – Sammlung in der Mitte."

Definitiver Entscheidungszeitpunkt

In den letzten drei Wochen des Wahlkampfes 2007 fällten 57 Prozent der Wählenden ihren definitiven Entscheid. 43 Prozent hatten damals schon gewusst, ob und wie sie wählen würden. In der drittletzten Woche legten sich 11 Prozent verbindlich fest, 17 waren es in der vorletzten Woche und 29 Prozent in der allerletzten. Diese Zahlen bedeuten nicht, dass man vorher gar keine Wahlabsicht gehabt hatte, sondern nur, dass sie noch nicht definitiv gefällt waren.

Diese Aufteilung ist insofern von Bedeutung, als am Wochenende zwischen der dritt- und zweitletzten Woche vor den Wahlen der SVP-Umzug in Bern stattfand, begleitet von einer Gegendemonstration und von den Krawallen zwischen der Stadtguerilla und der Berner Polizei. Er gilt als eigentlich zentraler Moment im Schlusswahlkampf.

Die zweite Woche vor dem Wahltag war die eigentliche SVP-Woche. 30 Prozent der EntscheiderInnen, die sich in diesen sieben Tagen verbindlich festlegten, wandten sich der SVP zu. Dafür sackten die SP und die FDP deutlich und beschränkt auch die CVP ab. Die Werte für die SP und die CVP veränderten sich in der Schlusswoche kaum mehr, während sich die FDP mit einem Effort am Ende nochmals verbessern konnte. Praktisch unbeeinflusst davon waren die Entscheidungen für die Grünen.

Mobilisierungswirkungen

In der Schlussphase entwickelte sich vor allem der Anteil der Neumobilisierten insgesamt zurück. Die Wahlbeteiligung war fast 4 Prozent höher als vor vier Jahren, aber leicht tiefer als im letzten Wahlbarometer.

Die Neuwählenden machten 2007 gesichert 13 Prozent der Wählenden aus. Die Wiedermobilisierten repräsentieren 81 Prozent. 6 Prozent machten keine genaue Angabe zum Teilnahmeverhalten 2003; sie können deshalb nicht klassiert werden.

Die Verteilung der Neumobilisierten 2007 auf die Parteien ist ungleich. Am Ende des Wahlkampfes war sie rechts höher als links. Im Vergleich zu den Angaben im Wahlbarometer deutet dies auf einen Umschwung in der letzten Phase hin. Rechts hielt sich die Neumobilisierung weitgehend, links sackte sie deutlich ab.

Unter den Wiederwählenden von 2003 bezeichnen sich 72 Prozent als parteitreu. 19 Prozent geben ausdrücklich an, eine andere Partei gewählt zu haben als 2003, und 9 Prozent erinnern sich nicht mehr, was sie damals gemacht hatten.

Bilanziert man Zu- und Abgänge von Parteiwählenden in beide Richtungen, hat die SP die negativste Bilanz. Sie hat gegenüber den Grünen, den Grünliberalen und auch zur SVP eine negative Wechslerbilanz. Im Vergleich zu den Wahlbarometern ist die Abwanderung zur SVP neu. Bei der FDP bleibt die Bilanz zur SVP negativ, während sich alle anderen ausgleichen. Das spricht dafür, dass sich die FDP am Schluss aufgefangen hat, jedoch nicht verhindern konnte, dass es Abwanderungen zur SVP gab.

Entscheidungsgründe

Gewichtet man unter den Wählenden 2007 die bewusste Bedeutung dieser Elemente, kann man folgende Schlüsse ziehen:

- In erster Linie, wenn auch nicht ausschliesslich, ist die Identifikation mit Personen entscheidend. 43 Prozent nennen das an erster oder zweiter Stelle bei den Entscheidungsgründen.
- Als zweites folgt die generelle Positionierung der Partei in weltanschaulicher Hinsicht. Für 39 Prozent der Wählenden ist dies der wichtigste oder zweitwichtigste Entscheidungsgrund gewesen.
- An dritter Stelle folgen die Themenaussagen zu aktuellen Fragen. 17 Prozent haben sich primär darauf basierend entscheiden, für 15 Prozent war es ein Zusatzgrund.
- Als Viertes folgt der Stil, mit dem man politisiert resp. Wahlkämpfe führt. Auch das war für 17 Prozent zuerst massgeblich und für 13 Prozent ein weiterer Entscheidungsgrund.
- An fünfter Stelle folgen die taktischen Gründe. Sie umfassen vor allem jene, die im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen stehen. Total haben 16 Prozent mit dieser Frage vor Augen ihren Parteientscheid gefällt.
- Der sechste unterscheidbare Entscheidungsgrund betrifft die Interessenvertretung als die Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen in der parlamentarischen Willensbildung. 15 Prozent nannten dies als erstes oder zweites.

Gegenüber früheren Wahlen fällt vor allem die hohe Bedeutung der Personenidentifikation auf. Umgekehrt ist die Themenausrichtung heute weniger wichtig.

Parteilpolitische Bundesratszusammensetzung

39 Prozent derjenigen, die an den Nationalratswahlen 2007 teilgenommen haben, wollen, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung so bleibt wie jetzt. Keine andere Variante erreicht auch nur annähernd einen so hohen Anteil.

Summiert man die Änderungswünsche nach politischer Richtung auf, wünschen sich 5 Prozent eine Verschiebung des Bundesrates nach rechts, 6 Prozent eine in die Mitte und 24 Prozent eine nach links.

Aussagen über die personelle Zusammensetzung aus Sicht der Wählenden können mit der Wahltagsbefragung keine gemacht werden.

Das gesellschaftliche Profil der Parteien

Die Wahlgewinnerin, die SVP bleibt eine Partei, die verstärkt von Älteren und vermehrt auch auf dem Land gewählt wird. Wer nicht erwerbstätig ist, wer selbständig erwerbend ist oder wer zur Mittelschicht gehört, wählt diese Partei ebenfalls überdurchschnittlich.

Im Vergleich mit den Nationalratswahlen 2003 konnte die SVP 2007 in den meisten Untergruppen Gewinne verzeichnen. Besonders bei Frauen, älteren Personen, Romands, Personen in kleinen und mittleren Agglomerationen sowie Kaderangehörigen ist ein überdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen.

Signifikant stärker wurde die SP bei den Nationalratswahlen 2007 nur von Personen, die erwerbstätig, im öffentlichen Dienst oder als einfache Angestellte tätig sind, gewählt. Neu wurde die SP in grossen Agglomerationen und bei den Jüngeren nicht mehr überdurchschnittlich gewählt.

Parteilpolitische Landschaft Ende 2007

Betrachtet man die Positionierung der Parteiwählerschaften auf der Links-Rechts-Achse, stehen SP und Grüne neu noch deutlicher am linken Pol und die SVP weiterhin deutlich am rechten Pol. Die FDP ist Mitte-Rechts und die CVP bleibt im Zentrum.

Die Grünliberale Partei besetzt eine Mitte-Links-Position, ihre Wählerschaft ist jedoch vom Links-Rechts Muster näher an den Positionen der EVP- und CVP- als an jenen der Grünen- und der SP-WählerInnen. Leicht rechts von der FDP stehen dagegen die EDU und die LPS, die eine Mitte-Rechts-Position einnehmen.

Damit gibt es ein klar linkes, ein klar rechtes und ein weniger klar Mitte-Lager, das sich in Mitte-Rechts und Mitte-Links aufteilt.

2. Die Wahltagsbefragung 2007

2.1 Die Fragestellungen und Ziele

Der Fragebogen der Wahltagsbefragung 2007 lehnt sich an die von gfs.bern schon 2003 für die SRG SSR idée suisse durchgeführte an. Er enthält unter anderem Fragen zum Entscheidzeitpunkt und versucht, damit auch die zeitliche Lücke, die zwischen dem letzten Wahlbarometer und den Nationalratswahlen aufgrund der 10-Tages-Sperre des VSMS Swiss Interview Verbandes entstand, zu schliessen.

Die Hauptfragen, die die Wahltagsbefragung 2007 beantworten will, sind die folgenden:

- Wer wählte was?
- Welche Identifikation bestimmte den Parteientscheid?
- Wie wurde die Stimme abgegeben?
- Wurde parteiübergreifend gewählt oder nicht?
- Wann hat man sich definitiv entschieden?
- Wie viele wählten anders als 2003?
- Welche parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates wünscht man sich für die kommenden Legislatur?

Die Wahltagsbefragung bildet den Abschluss der Befragungsreihe des Wahlbarometers 2007, das in insgesamt 9 Wellen die Wahlabsichten der Wahlberechtigten in der Schweiz beobachtete.

2.2 Die technischen Daten

Die Wahltagsbefragung 2007 wurde von gfs.bern im Auftrag der SRG SSR idée suisse am Wahlsonntag, den 21.10.2007, nach Schliessung der Wahllokale zwischen 12:00 und 21:00 Uhr bei 1016 Wahlberechtigten in der Schweiz, die sich an der Nationalratswahl 2007 beteiligt haben, durchgeführt.

Es handelt sich nicht um eine Befragung vor den Wahllokalen, also einen so genannten "Exit-Poll", sondern um eine computergestützte telephonische Befragung von Wahlberechtigten in der ganzen Schweiz, die sich an den Wahlen beteiligt haben. Realisiert wurden die Interviews vom gfs-Befragungsdienst. Dieser setzte für die Datensammlung rund 45 ausgebildete und instruierte BefragerInnen ein. Eine solche CATI-Befragung ist wegen des hohen Anteils brieflich Wählender in der Schweiz eine der einzigen Möglichkeiten, am Wahltag gesicherte Daten über die Wahlentscheide zu sammeln.

Die Grundgesamtheit der Wahltagsbefragung ist somit nicht die aller Schweizer Wahlberechtigten, sondern die Gesamtheit der Wählenden 2007 in der ganzen Schweiz. Aus dieser Grundgesamtheit wurde eine Zufallsstichprobe von Haushalten gezogen, die sprachregional proportional verteilt ist, das heisst die Sprachregionen sind im Datensatz entsprechend ihrer tatsächlichen Grösse vertreten. Einzig die Wählenden des Kantons Nidwalden sind in der Auswahl nicht berücksichtigt, da in diesem Kanton eine stille Wahl stattgefunden hat.

Innerhalb der Haushalte wurde eine Person, die die Anforderungen der Befragung – Teilnahme an den Nationalratswahlen 2007 – erfüllte und die der Interviewsprachen mächtig ist, befragt. Befand sich keine solche Person im Haushalt, fiel dieser Haushalt aus der Stichprobe. Da nur InlandschweizerInnen sinnvoll befragt werden können, werden in der Wahltagsbefragung die Wahlentscheide der AuslandschweizerInnen und deren Beweggründe nicht analysiert.

Die ermittelten Parteistärken wurden mit Hilfe einer Gewichtung noch an das vorläufige effektive Endergebnis, das vom Bundesamt für Statistik am Montag, den 22.10.2007, publiziert wurde, angepasst. Dies ist notwendig, da nicht alle ParteiwählerInnen im gleichen Masse bereit sind, sich an einer Befragung über den Wahlentscheid teilzunehmen.

Aufgrund der Auswahlart einerseits, der Stichprobengrösse andererseits beträgt die statistische Fehlerquote mit 95%iger Wahrscheinlichkeit bei Aussagen auf alle Befragten maximal +/- 3.2 Prozentpunkte, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind als die Extreme.

Wie schon das Wahlbarometer 2007 lässt die Wahltagsbefragung 2007 keine kantonalen Auswertungen zu und beschäftigt sich deshalb auch nicht mit den Ständeratswahlen. Bezogen auf die Nationalratswahlen beschränkt es sich auf die Analyse der Parteistärken und ihrer Bestimmungsgründe und beschäftigt sich nicht direkt mit der Sitzverteilung im Nationalrat.

Die folgende Grafik gibt eine Übersicht über die technischen Daten der Wahltagsbefragung:

Grafik 1:

Technischer Kurzbeschreibung der aktuellen Wahltagsbefragung vom 21.10.2007	
Trägerschaft:	SRG SSR idée suisse
Institut:	Forschungsinstitut gfs.bern
Grundgesamtheit:	Wählende in der ganzen Schweiz
Erhebungsmethode:	CATI (computerunterstützte Telefoninterviews)
Befragungszeitraum:	21.10.2007, 12:00 – 21:00
Stichprobenart:	repräsentativ, durch systematische Zufallsauswahl, sprachregional geschichtet
Stichprobengrösse:	1016, sprachregional proportional
Gewichtungen:	Gewichtung des Wahlentscheids mit dem vorläufigen effektiven Endergebnis laut BFS
Stichprobenfehler:	+/- 3.2% bei einer Verteilung von 50/50 und 95%iger Wahrscheinlichkeit

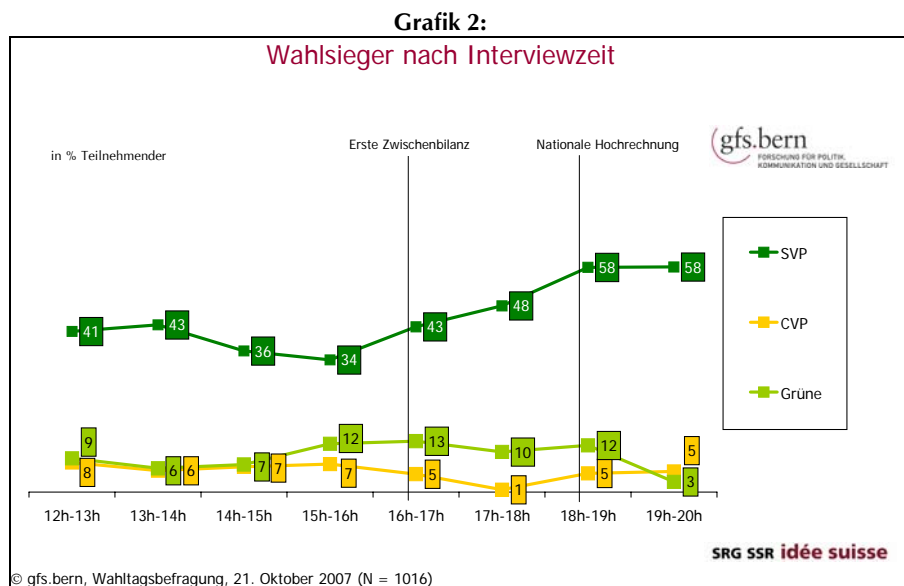
3. Die Befunde

3.1 Die Wahlsieger 2007

Die SVP ist der Wahlsieger bei den Nationalratswahlen 2007. Sie ist nicht nur die wählerInnenstärkste Partei geblieben. Sie hat ihren Anteil unter den Wählenden mit 29 Prozent nochmals steigern können. Sie hat 2007 sieben Mandate hinzu gewonnen, so viele wie keine andere Partei.

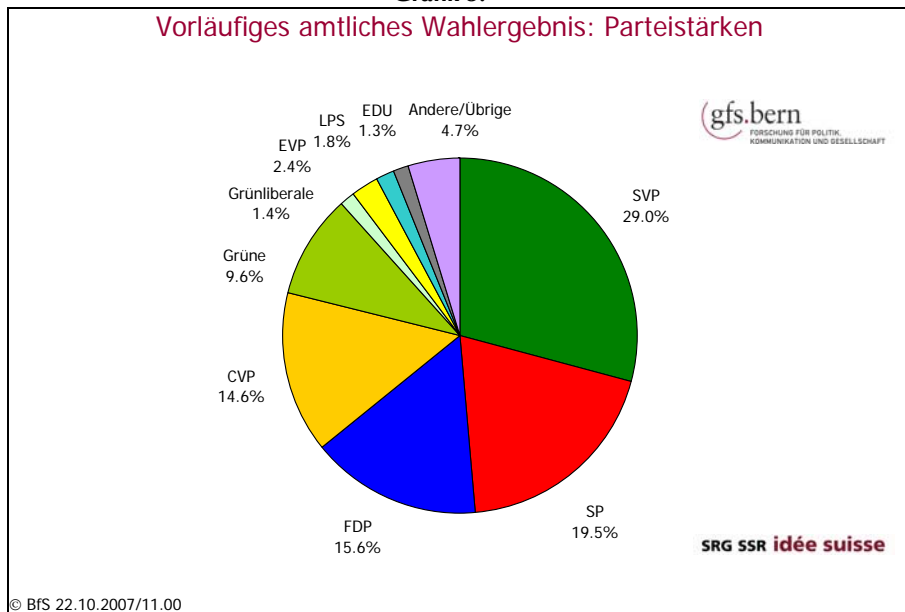
Diese Fakten wurden am Sonntagnachmittag klar, und sie hatten auch Wirkungen auf die Bürgerschaft. 43 Prozent der befragten Wählenden sahen die SVP als eigentlichen Wahlsieger. 10 Prozent nannten die Grünen, die ebenfalls an Stimmen und Sitzen zulegten, resp. die CVP, bei der Gleiches im eingeschränkten Masse gilt.

Die Meinungsbildung hierzu setzte erst im Verlaufe des Wahltags ein. Bis 16 Uhr dominierte die SVP nicht eindeutig. Mit der Bekanntgabe der erwarteten Ergebnisse in Zürich, Bern und der Waadt steigerte sich der Wert für die wahrgenommenen Sieger klar. Mit der ersten nationalen Hochrechnung war der Eindruck im Publikum gemacht. Die Einstellung ist dabei in allen drei Landesteilen gleich.



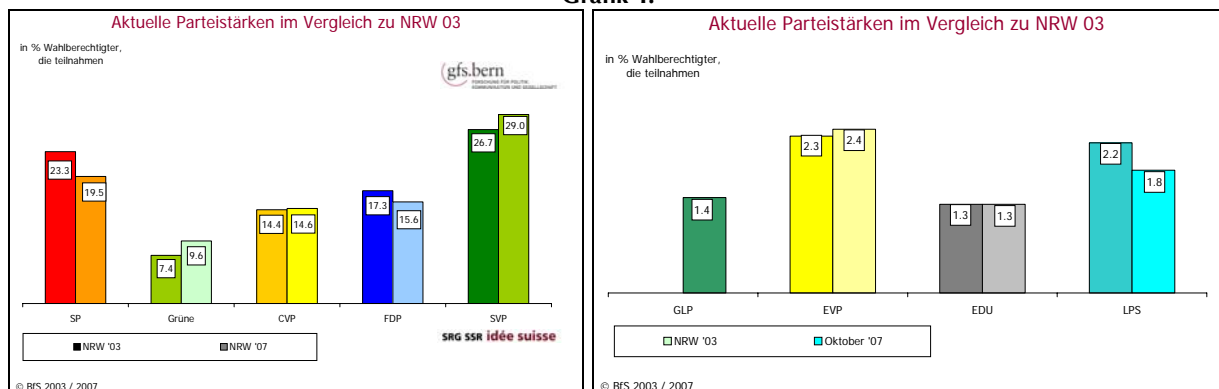
Gemäss BfS lautet das vorläufig amtliche Endergebnis der Nationalratswahlen 2007 wie folgt:

Grafik 3:



Eine eindeutige allgemeine Charakterisierung des Wahlergebnisses gibt es nicht. Feststellbar ist: Der Umbau des Parteiensystems schreitet weiter voran. Die Sitzvolatilität ist so hoch wie noch nie. Die Veränderungen sind 2007 nicht zur Ruhe gekommen. Sie folgen aber nicht mehr dem bisher bekannten Muster der "Bi-Polarisierung".

Grafik 4:



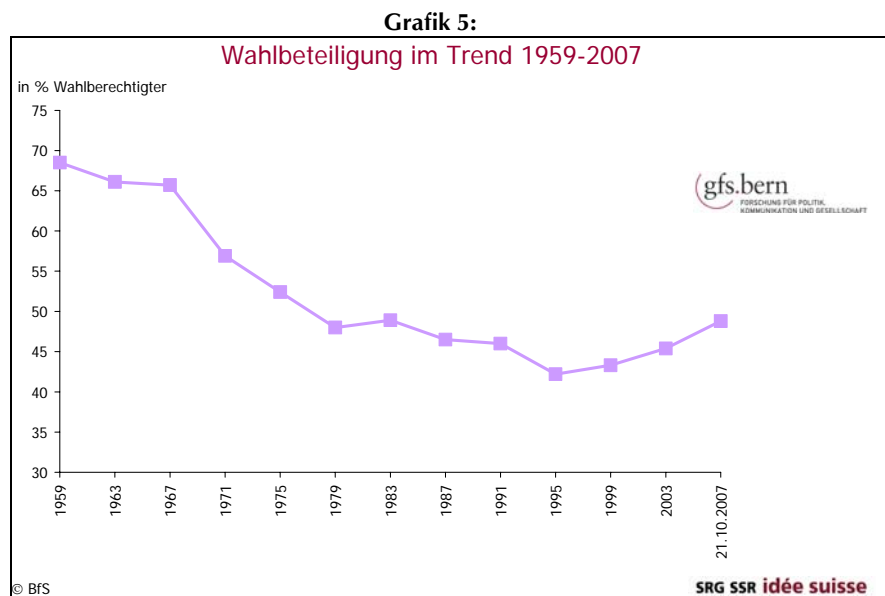
Vielmehr zeigen sich zwei unterschiedliche Tendenzen:

- Auf der rechten Seite schreitet die Konzentration des Parteiensystems voran; die SVP wirkt unverändert als eigentlicher Magnet, der die Wählerschaft mobilisiert. Im neuen Parlament gar nicht mehr vertreten sind die Schweizer Demokraten. Die EDU ist auf einen Vertreter reduziert worden; die Lega bleibt auf dieser Basis.
- Auf der linken Seite zeigt sich Umgekehrtes: Die SP verliert als stärkste Kraft an Stimmen und Sitzen, vor allem an die Grünen. Mit dem Auftreten der Grünliberalen ist sogar eine neue Partei hinzugekommen, die in Zürich auf Anhub bei ökologisch Stimmenden für Furore sorgte. Von den Kleinparteien hielten sich bis auf die Genfer "Solidarité" alle Parteien linksausen.

Wir fassen das im Titel zum Bericht zusammen, der lautet: "Konzentration rechts – Umgruppierung links".

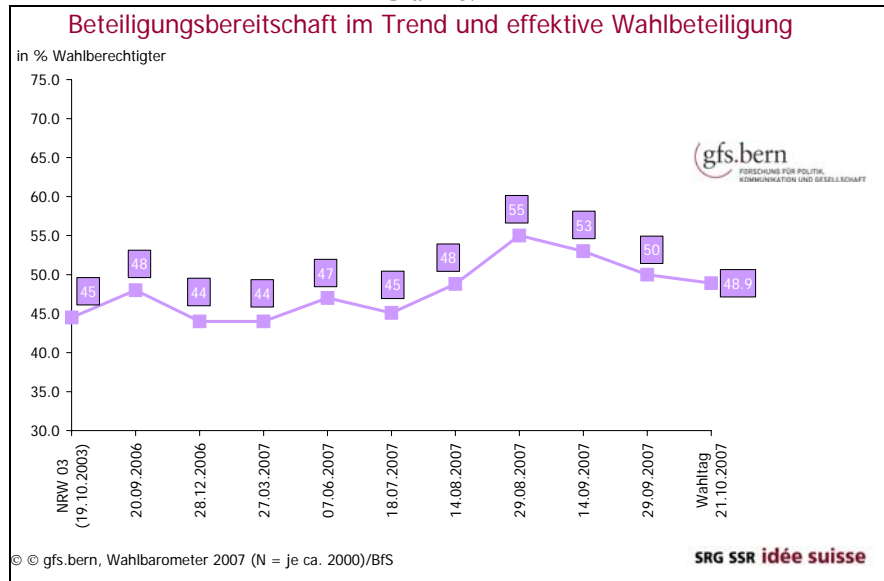
3.2 Die Wahlbeteiligung und die Mobilisierung 2007

Die Wahlbeteiligung betrug nach vorläufig amtlichen Endergebnissen 48.9 Prozent. Sie stieg damit zum dritten Mal in Folge bei Nationalratswahlen an. Die Veränderung nach oben war mit fast 4 Prozentpunkten noch nie so gross wie diesmal. Der Trend zu einer tieferen Wahlbeteiligung, der ausgehend von den 70er Jahren dominierte, ist damit eindeutig gebrochen.



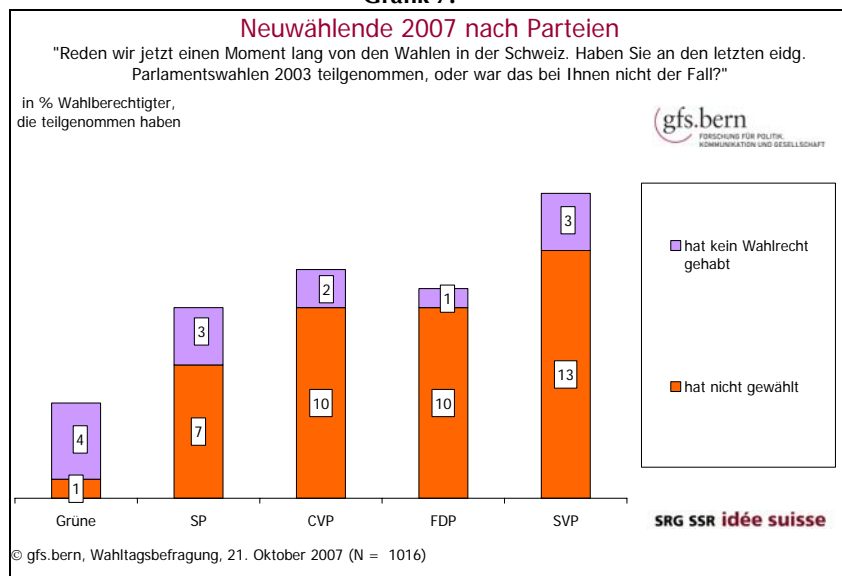
Die Beteiligungsabsichten vor dem Teilnahmeentscheid lassen sich anhand des Wahlbarometers im Trend einschätzen. Das zeigt, dass sie stets leicht überdurchschnittlich waren. Bis Mitte August '07 lagen sie aber nie über 48 Prozent. Danach schnellte die Bereitschaft, sich in den Wahlen zu äussern, sprunghaft nach oben. Grund war die beginnende Kampagne der SVP unter dem Titel "Geheimplan gegen Blocher". Sie elektrisierte die Schweiz. Mit 55 Prozent wurde der Höhepunkt Ende August 2007 erreicht. Danach entwickelte sich die Beteiligungsabsicht wieder zurück. Drei Wochen vor den Wahlen lag sie bei 50 Prozent, - bei negativem Trend. Der effektive Wert war schliesslich 48,9 Prozent.

Grafik 6:



In der Schlussphase entwickelte sich vor allem der Anteil der Neumobilisierten zurück. Schliesslich machte er gesichert 13 Prozent der Wählenden aus. Die Wiedermobilisierten von 2003 repräsentieren 81 Prozent. 6 Prozent machten keine genaue Angabe zum Teilnahmeverhalten 2003.

Grafik 7:



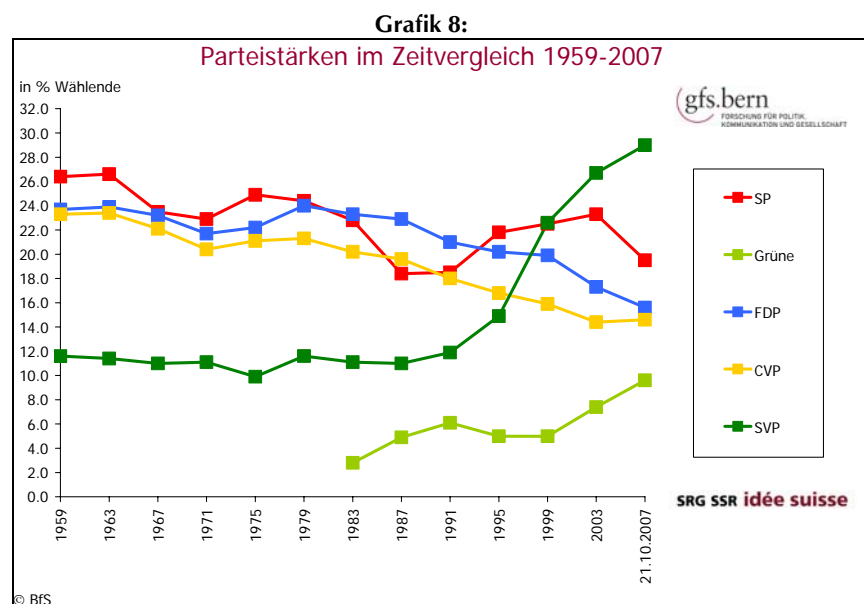
Die Verteilung der Neumobilisierten 2007 auf die Parteien ist ungleich. Am Ende des Wahlkampfes war sie rechts höher als links. Namentlich die SVP, beschränkt auch die CVP und die FDP konnten sich da empfehlen. Die SP hatte demgegenüber eine etwas geringere Neumobilisierung. Eindeutig tiefer war sie bei den Grünen. Im Vergleich zu den Angaben im Wahlbarometer deutet dies auf einen Umschwung in der letzten Phase hin. Rechts hielt sich die Neumobilisierung, links sackte sie ab. Wir werden darauf später zurückkommen.

3.3 Die Parteistärken, das Wechselwählen und das Panaschieren 2007

Die SVP ist mit 29 Prozent unverändert die wählerInnenstärkste Partei. Gefolgt wird sie von der SP mit 19,5 Prozent, der FDP mit 15,6 Prozent, der CVP mit 14,6 Prozent und den Grünen mit 9,6 Prozent.

Die 29 Prozent der SVP sind nicht nur für die Partei ein Rekordwert. Seit es Konkordanz gibt, sind sie bis jetzt bei keiner anderen Partei vorgekommen.

Er setzt den Aufstieg der SVP fort, der 1991 beschränkt einsetzte und zwischen 1995 und 1999 seinen Höhepunkt hatte. Seither geht der Zuwachs der SVP wieder etwas zurück, ohne bereits abzuflachen. Mit dem 5. Wahlsieg der SVP in Serie geht die Konzentration auf der rechten Seite weiter; sie erreicht auch ein historisch gesehen unbekanntes Mass unter Proporzbedingungen.



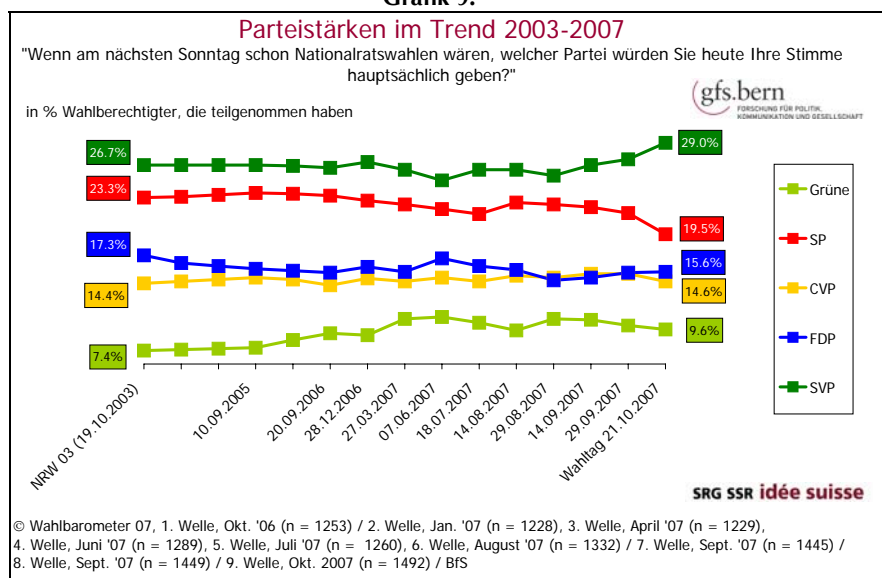
Ihren Aufstieg unter den schweizerischen Parteien fortsetzen konnten auch die Grünen. Sie gehören nach 2003 zum zweiten Mal in Folge zu den Wahlsiegern. Sie überschritten indessen die 10 Prozent-Marke nicht ganz.

Dritter Sieger bei den jüngsten Nationalratswahlen war die CVP. Sie steigerte ihren bisherigen WählerInnenanteil zwar nur gering auf 14,6 Prozent. Immerhin durchbrach sie aber damit nach 6 Wahlniederlagen in Serie den bisherigen Negativ-Trend.

Das gilt nicht für die FDP, die zum 7. Mal in Folge eine Nationalratswahl verlor. Mit ihren 15,6 Prozent bleibt sie elektoral vor der CVP, doch bedeutet der Wert den tiefsten Stand aller Zeiten für die FDP.

Die grössten Verluste resultieren schliesslich bei der SP. Sie sackte von 23,3 Prozent auf 19,5 ab. Die SP verlor damit nach den Wahlsiegen erstmals wieder eine Nationalratswahl. Die Trendumkehr bewirkte, dass sie das, was sie seit 1995 hinzugewinnen konnte, weitgehend verlor. Sie befindet sich damit wieder auf dem gleichen Stand wie zum Ende der 1980er Jahre.

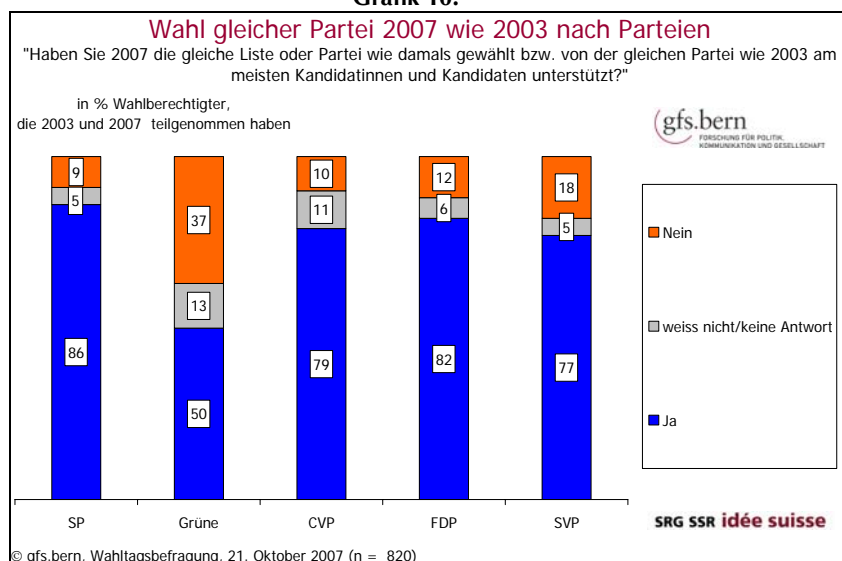
Grafik 9:



Verglichen mit den Ergebnissen und den Trends im letzten Wahlbarometer bestätigen sich die damals gemachten Aussagen qualitativ vollständig. Alle Gewinner- und Verliererparteien waren korrekt beschrieben. Im Schnitt der fünf grösseren Parteien beträgt die Abweichung 1 Prozent. In zwei Fällen ist sie höher: Der Zuwachs der SVP war grösser, ebenso der Verlust der SP. Wir werden im Kapitel Entscheidungszeitpunkt darauf zurückkommen.

Unter den Wiederwählenden von 2003 bezeichnen sich 72 Prozent als parteitreue. Sie haben nicht nur zwei Mal teilgenommen, sie haben auch zweimal das gleich gewählt. 19 Prozent geben ausdrücklich an, eine andere Partei gewählt zu haben als 2003, und 9 Prozent erinnern sich nicht mehr, was sie damals gemacht hatten.

Grafik 10:

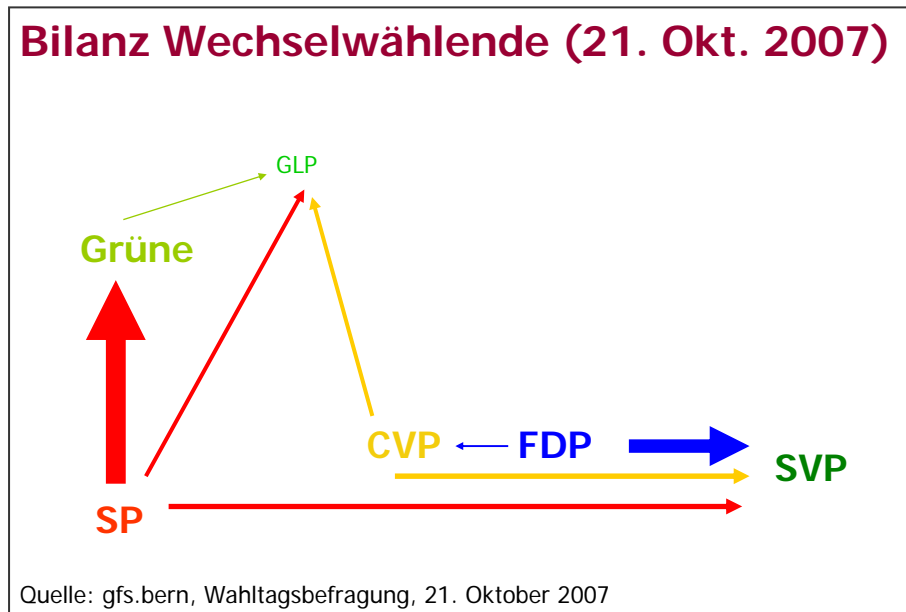


Den grössten Anteil Wechselwählender unter ihren jetzigen Wählenden haben die Grünen. 37 Prozent geben sich hier als ParteiwechslerInnen zu erkennen. An zweiter Stelle folgt die SVP mit einem Anteil von 18 Prozent ParteiwechslerInnen unter den

jetzigen Wählenden. Bei der FDP machen sie 12, bei der CVP 11 Prozent aus. Bei SP sind 9 Prozent der jetzigen WählerInnen Zuwechsler.

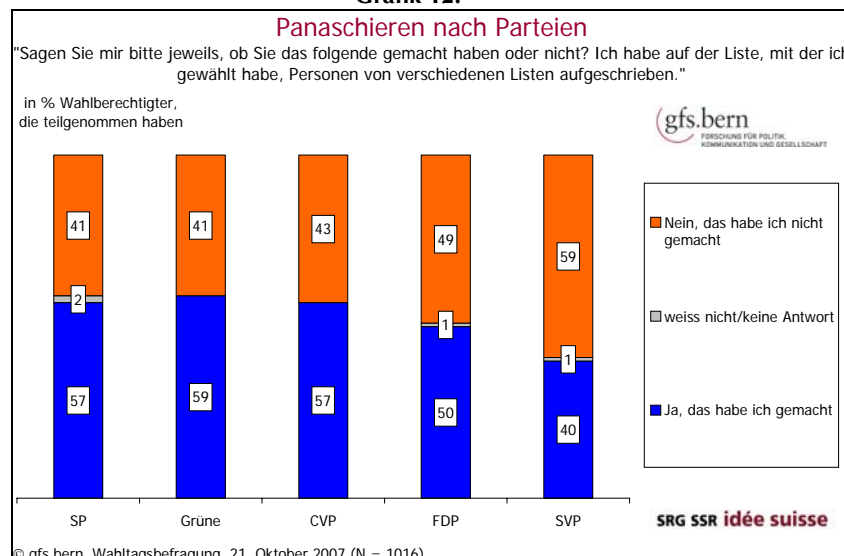
Bei den Grünen überwiegt der Anteil Parteiwechsler von der SP massiv. Es wird durch Gewinne der SP bei ehemaligen Grünen bei weitem nicht aufgehoben. Bei der SVP wiederum gibt es unter den Zuwechslern am meisten, die von der FDP kommen. Auch hier gilt, dass das Umgekehrte in nur viel geringerem Masse nachweisbar ist.

Grafik 11:



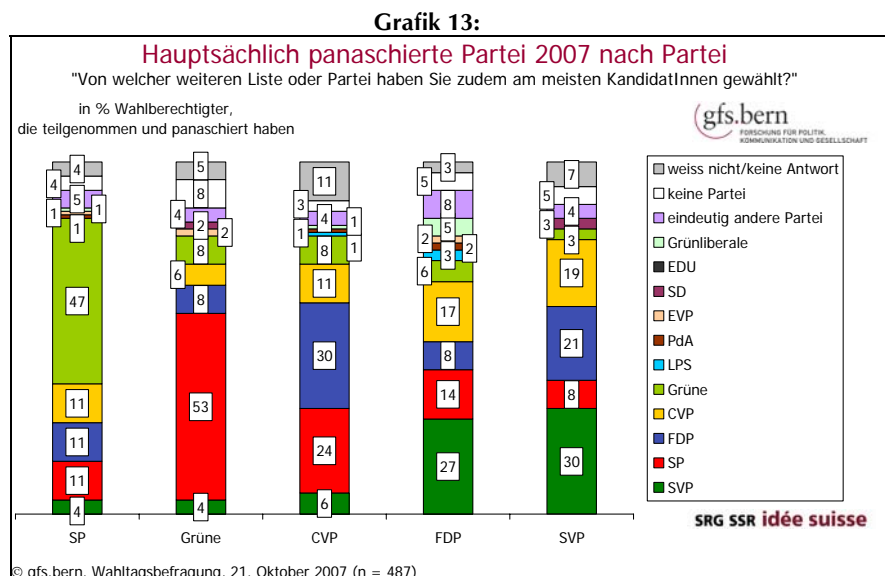
Bilanziert man sowohl Zuwechslungen wie Abgänge in beide Richtungen, hat die SP die negativste Bilanz. Sie hat gegenüber den Grünen, den Grünliberalen und auch zur SVP eine negative Wechslerbilanz. Im Vergleich zu den Wahlbarometern ist die Abwanderung zur SVP neu. Bei der FDP ist die Bilanz zur SVP negativ und zur CVP leicht negativ, während sich alle anderen ausgleichen. Das spricht dafür, dass sich die FDP am Schluss aufgefangen hat, jedoch nicht verhindern konnte, dass es Abwanderungen zur SVP gab. Die CVP verlor in der Schlussphase etwas an die SVP.

Grafik 12:



Eine beschränkte Form des Parteiwechsels ist das Panaschieren. Wenn es zwischen Listen der gleichen Partei geschieht, ist es zwar neutral. Das bleibt der überwiegende Anteil beim Panaschieren. Dort, wo es aber mit Kandidaturen anderer Parteien geschieht, wirkt es sich nicht neutral aus.

Beim Panaschieren können wir keine Bilanz erstellen, weil es nicht möglich ist, die Zahl der panaschierten KandidatInnen zu erfragen. Deshalb bleiben die Aussagen summarisch. Immerhin können wir folgendes festhalten: Links wurde mehr panaschiert als rechts. Am meisten haben die Grünen KandidatInnen anderer Listen aufgeschrieben, gefolgt von der SP. Bei der SVP ist der Anteil am geringsten.



Wenn Grüne panaschiert haben, dann haben sie in erster Linie Kandidaturen der SP berücksichtigt. Das gilt umgekehrt auch für die SP, die am liebsten grüne Bewerbungen berücksichtigt haben. Bei der CVP gibt es eine Nähe zu Kandidaturen der FDP, aber auch der SP. Bei der FDP wiederum hat man vor allem SVP-BewerberInnen aufgeschrieben, während die SVP-Wählenden, die FDP oder CVP KandidatInnen notiert haben, etwa gleich häufig sind.

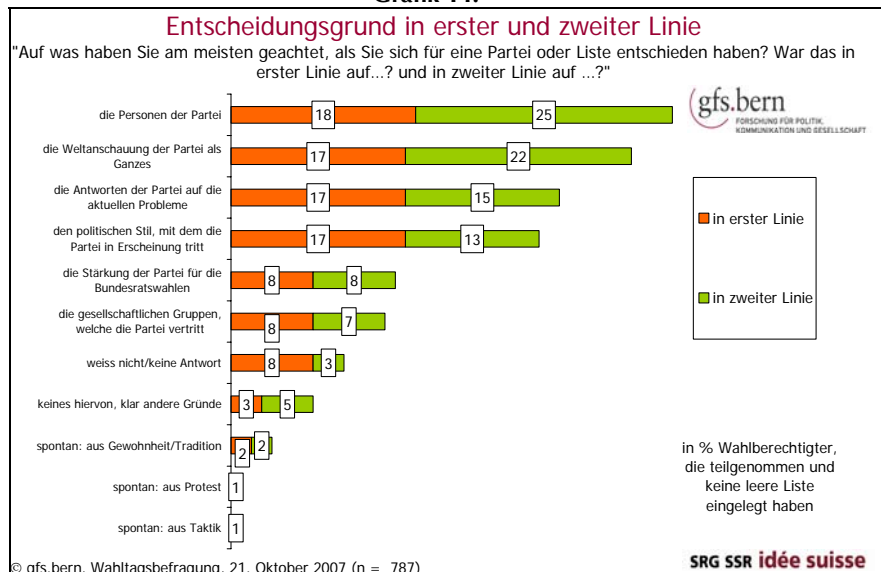
3.4 Die Entscheidungsgründe 2007

Sechs bewusste Gründe für die Wahl einer Partei lassen sich unterscheiden:

- die Weltanschauung der Partei,
- die Identifikation mit Antworten der Partei auf aktuelle Fragen,
- die Interessenvertretung durch die Partei,
- die Identifikation mit Personen, welche die Partei repräsentieren,
- der politische Stil, mit dem die Partei auftritt und
- die Stärkung der Partei mit Blick auf die kommenden Bundesratswahlen.

Die ersten fünf sind schon lange bekannt. Der sechste Grund ist 2003 neu hinzugekommen und wirkt auch 2003.

Grafik 14:



Gewichtet man unter den Wählenden 2007 die bewusste Bedeutung dieser Elemente, kann man folgende Schlüsse ziehen:

In erster Linie, wenn auch nicht ausschliesslich, ist die Identifikation mit Personen entscheidend. Für 18 Prozent der Wählenden geht es zuerst darum, für weitere 25 Prozent immerhin als zweites. Total ergibt das 43 Prozent. Dabei darf man die Personen nicht auf jene reduzieren, die medial im Rampenlicht stehen wie die Bundesräte und die Parteipräsidenten. Man muss auch die KandidatInnen in den Kantonen ebenso wie die lokalen Parteiverantwortlichen miteinbeziehen. Insgesamt sind sie für die Parteiidentifikation heute massgeblich.

Als zweites folgt die generelle Positionierung der Partei in weltanschaulicher Hinsicht. Wir wissen, dass dabei die Links/Rechts-Position am wichtigsten ist, dann aber auch das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie und die Ausrichtung der Partei auf der Dimension binnen- vs. aussenorientiert. Für 39 Prozent der Wählenden ist dies der wichtigste oder zweitwichtigste Entscheidungsgrund gewesen.

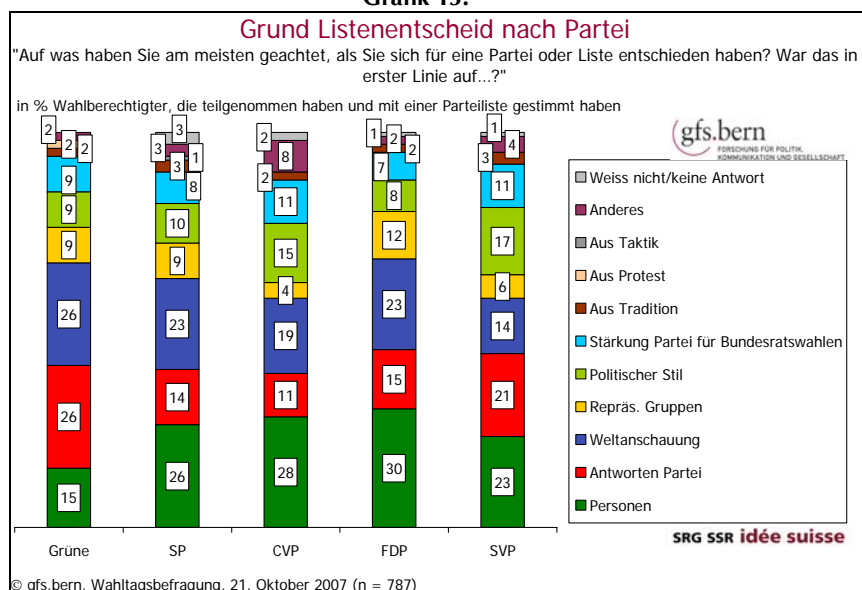
An dritter Stelle folgen die Thementausagen zu aktuellen Fragen. Aus dem Wahlbarometer wissen wird, dass dabei die Ausländerfrage im Zentrum stand resp. der Umweltschutz als vorrangig angesehen wurde. 17 Prozent haben sich primär darauf basierend entscheiden, für 15 Prozent war es ein Zusatzgrund.

Als Viertes folgt der Stil, mit dem man politisiert resp. Wahlkämpfe führt. Diesmal war vor allem die Frage entscheidend, ob man andere angreift oder ob man sich selber vorstellen will. Auch das war für 17 Prozent zuerst massgeblich und für 13 Prozent ein weiterer Entscheidungsgrund.

An fünfter Stelle folgen die taktischen Gründe. Sie umfassen vor allem jene, die im Zusammenhang mit den Bundesratswahlen stehen. Total haben 16 Prozent mit dieser Frage vor Augen ihren Parteientscheid gefällt.

Der sechste unterscheidbare Entscheidungsgrund betrifft die Interessenvertretung als die Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen in der parlamentarischen Willensbildung. 15 Prozent nannten dies als erstes oder zweites.

Grafik 15:



Diese Reihenfolge findet sich zwischenzeitlich eigentlich bei allen Regierungsparteien. Bei allen ist heute die Personenidentifikation der wichtigste Entscheidungsgrund. Mit Ausnahme der SVP rangieren die Werthaltungen überall an zweiter Stelle. Bei der SVP steht hier dagegen die Themenorientierung. Bei SP und FDP ist dies auf dem dritten Platz, und nur bei der CVP rangieren die Themen erst als Viertes. Bei dieser Partei ist der Stil wichtiger, und nur bei der FDP kommt dieses Element erst weiter hinten. Dafür ist bei der FDP die Interessenvertretung wichtiger. Bei den Grünen gilt grundsätzlich gleiches, doch ist die Personenausrichtung weniger wichtig. Die ökologische Gesinnung und die Umweltpolitik sind hier bei der Entscheidung wichtiger.

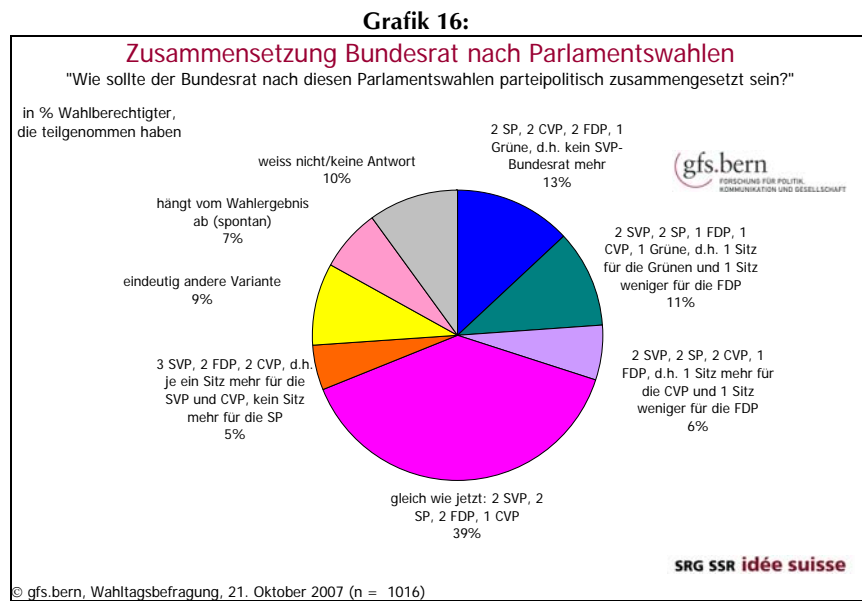
Man kann das auch so sagen: Erfolgreiche Parteien sind heute ein Angebot aus Identifikationsfiguren, aus Werthaltungen, Themenbezügen und Stilelemente. Das ist zwischenzeitlich bei allen Parteien mehr oder weniger gleich. Darin spiegeln sich auch die Absichten, was für einen Bundesrat man möchte mehr, als wer im Willensbildungsprozess vertreten werden soll.

Gegenüber früheren Wahlen fällt vor allem die hohe Bedeutung der Personenidentifikation auf. Das gilt nicht nur absolut, es trifft auch auf alle grösseren Parteien zu. Die Personalisierung der Politik vor Ort, aber auch in den Medien ist bei allen Bundesratsparteien zum vorherrschenden Element der Mobilisierung von Wählerstimmen geworden. Umgekehrt ist die Themenausrichtung heute weniger wichtig. Es bleibt noch bei jenen Parteien wichtig, die Themen, welche bevölkerungsseitig als dringend gelten, eindeutig besetzen können und hier von der Mehrheit als kompetent angesehen werden.

3.5 Die Zusammensetzung des Bundesrates 2007

Auch in der Wahltagsbefragung stellten wir die Fragen nach der präferierten parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrates. Im Vergleich zur letzten Welle des Wahlbarometers haben sich die Präferenzen der Wählenden nach den Nationalratswahlen dabei etwas verändert.

Neu spricht sich eine deutlichere relative Mehrheit als bisher für den Status-quo aus: 39 Prozent derjenigen, die an den Nationalratswahlen 2007 teilgenommen haben, wollen, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung so bleibt wie jetzt. Keine andere Variante erreicht auch nur annähernd einen so hohen Anteil.

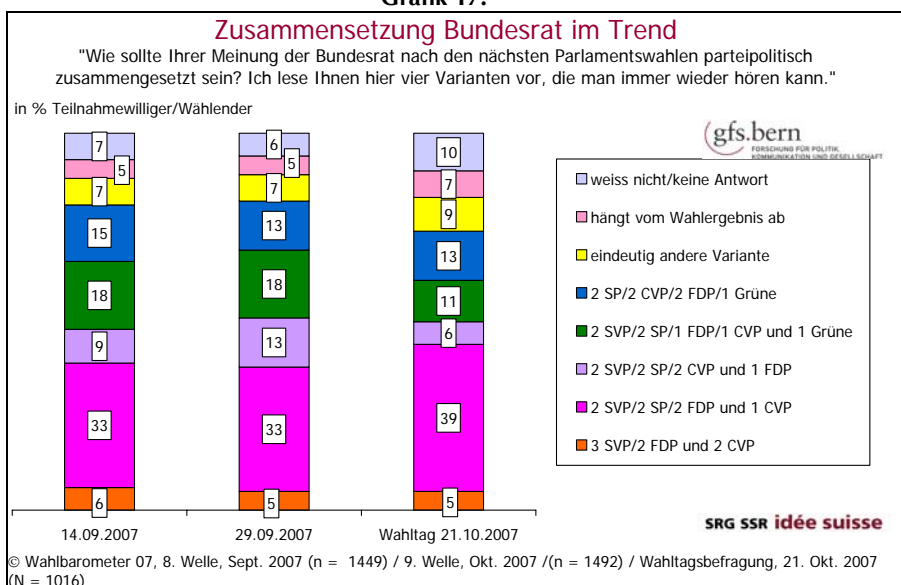


Im Vergleich zur letzten Befragung vor den Wahlen hat im Gegenzug der Anteil derjenigen, die sich einen zweiten Bundesratssitz für die CVP auf Kosten der FDP wünschen, um mehr als die Hälfte abgenommen und liegt nun bei 6 Prozent. Hier macht sich eventuell bemerkbar, dass die CVP stimmenmässig die FDP nicht übertrifft, auch wenn beide Parteien in der nächsten Legislaturperiode die gleiche Anzahl Sitze im Nationalrat haben werden.

Nach wie vor wünschen sich 13 Prozent der Teilnehmenden einen Sitz für die Grünen bei gleichzeitigem Austritt der SVP aus der Regierung. Einen Grünen-Sitz auf Kosten der FDP präferieren dagegen nur noch 13 Prozent, 5 Prozent weniger als bei der letzten Wahlbarometer-Welle. Hier lässt sich spekulieren, dass dies vor allem damit zusammen hängt, dass trotz der Sitzgewinne die Grünen die 10-Prozent-Hürde nicht geknackt haben, und somit in den Augen der Wählenden ein Einzug in die Regierung weniger legitimiert erscheint. Dennoch wünschen sich insgesamt 24 Prozent derjenigen, die an den Nationalratswahlen 2007 teilgenommen haben, einen Grünen-Sitz, wenn auch in verschiedenen Varianten.

Trotz der Gewinne der SVP ist der Anteil derjenigen, die sich eine rein bürgerliche Regierung wünschen, nicht grösser geworden. Mit 5 Prozent bleibt diese nicht-konkordante Variante nur marginal akzeptiert.

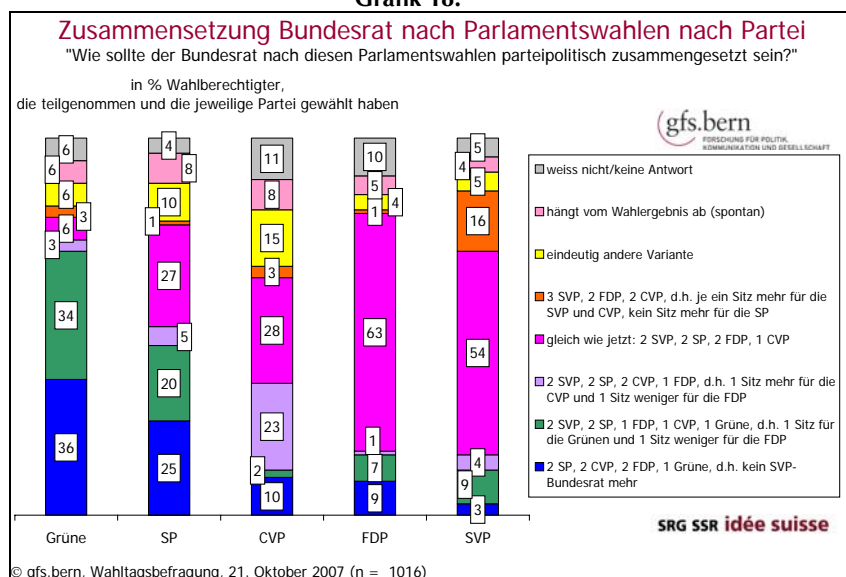
Grafik 17:



Etwas mehr Personen können oder wollen sich nach den Wahlen in Bezug auf diese Frage nicht festlegen. Dies ist bei jeder 10. Person der Fall. 7 Prozent meinen, über die Zusammensetzung des Bundesrates könne nach wie vor erst entschieden werden, wenn alle Sitze der Bundesversammlung verteilt sind. 9 Prozent präferieren eine ganz andere Variante der Bundesratszusammensetzung.

Betrachtet man die Präferenzen der ParteiwählerInnen, zeigt sich, dass die Grünen nach wie vor mehrheitlich für einen eigenen Bundesratssitz sind, 36 Prozent ohne und 34 Prozent mit Beteiligung der SVP. Bei der SP dagegen ist nun wieder der Status-quo die von der relativen Mehrheit akzeptierte Variante, wenn auch nur knapp vor jener einer Mitte-Links-Koalition, welche bei SP-WählerInnen nach den Wahlen leicht akzeptierter ist als vor den Wahlen. Ein Bundesratssitz für die Grünen auf Kosten der FDP kommt dagegen neu für weniger SP-WählerInnen in Frage: Nur noch jedeR Fünfte präferiert dies.

Grafik 18:



Auch innerhalb der CVP hat die Stimmung am Wahltag leicht umgeschlagen: Wünschten sich Ende September noch 32 Prozent der CVP-AnhängerInnen einen zweiten Sitz für ihre Partei, sind es nun nur noch 23 Prozent. Neu ist bei der CVP-Basis wieder der Status-quo die Zusammensetzung, die von der relativen Mehrheit vorgezogen wird.

Bei den beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP ist die derzeitige Zusammensetzung und damit die Konkordanz hoch akzeptiert: Bei beiden Parteiwählerschaften erreicht der Status-quo die Mehrheit, bei der FDP dabei noch stärker als bei der SVP. Alle anderen Varianten werden nur minderheitlich begrüsst. Trotz der Stimmengewinne der SVP wünschen sich auch die WählerInnen der Volkspartei einen rein bürgerlichen Bundesrat nicht stärker als vor den Wahlen: Statt 15 Prozent Ende September präferieren diesen Vorschlag nun 16 Prozent und damit nur marginal mehr.

Ginge es nach den Wählerinnen und Wählern, die an den Nationalratswahlen 2007 teilgenommen werden, würde also alles beim Alten bleiben. Wenn auch der Status-quo die absolute Mehrheit weiterhin verfehlt, so ist doch eines klar: Die WählerInnen in der Schweiz wünschen sich eine konkordante Regierung. Der Wunsch nach einem nicht-konkordant zusammengesetzten Bundesrat – unabhängig von der Art der Koalition – wird nur von 18 Prozent artikuliert.

Summiert man die Änderungswünsche nach politischer Richtung, wünschen sich 5 Prozent eine Verschiebung des Bundesrates nach rechts, 6 Prozent eine in die Mitte und 24 Prozent eine nach links.

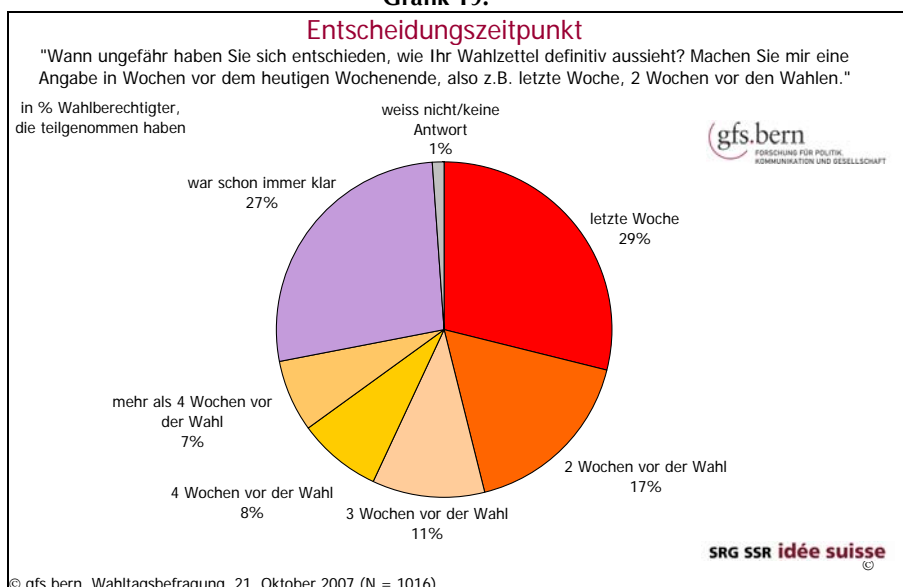
3.6 Der Entscheidungszeitpunkt 2007

Die Frage nach dem definitiven Entscheidungszeitpunkt darf nicht missverstanden werden: Es heisst nicht, dass es davor keine Entscheidungsabsichten gegeben hätte. Es heisst nur, dass man sich zu dem angegebenen Zeitpunkt *abschliessend* entschied, sei dies für die bisher bevorzugte Partei, für eine andere, für einen KandidatInnen-Mix, oder aber für die Teilnahme an den Wahlen.

Diese Fragestellung ist vor allem für die Analyse der drei letzten Wochen wichtig. Die letzte Wahlbarometer wurde 2 Wochen vor dem Wahlsonntag abgeschlossen. Im Schnitt waren die Interviews, die über 12 Arbeitstage verteilt gemacht wurden, damals schon eine Woche alt. Damit widerspiegelt das Wahlbarometer die Meinungsbildung der drei letzten Wochen nicht.

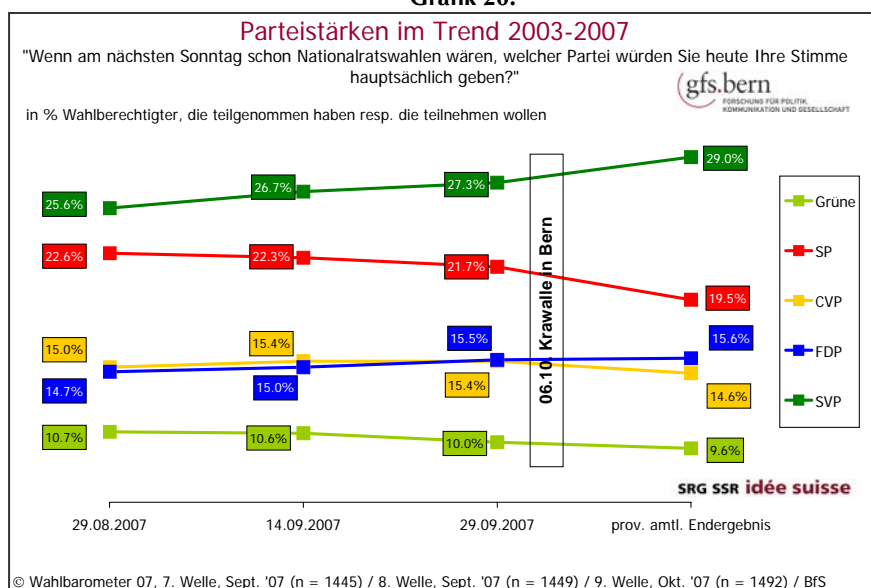
In den letzten drei Wochen des Wahlkampfes 2007 fällten 57 Prozent der Wählenden ihren definitiven Wahlentscheid. 43 Prozent hatten damals schon gewusst, ob und wie sie wählen würden. In der drittletzten Woche legten sich 11 Prozent verbindlich fest, 17 waren es in der vorletzten Woche und 29 Prozent in der allerletzten.

Grafik 19:



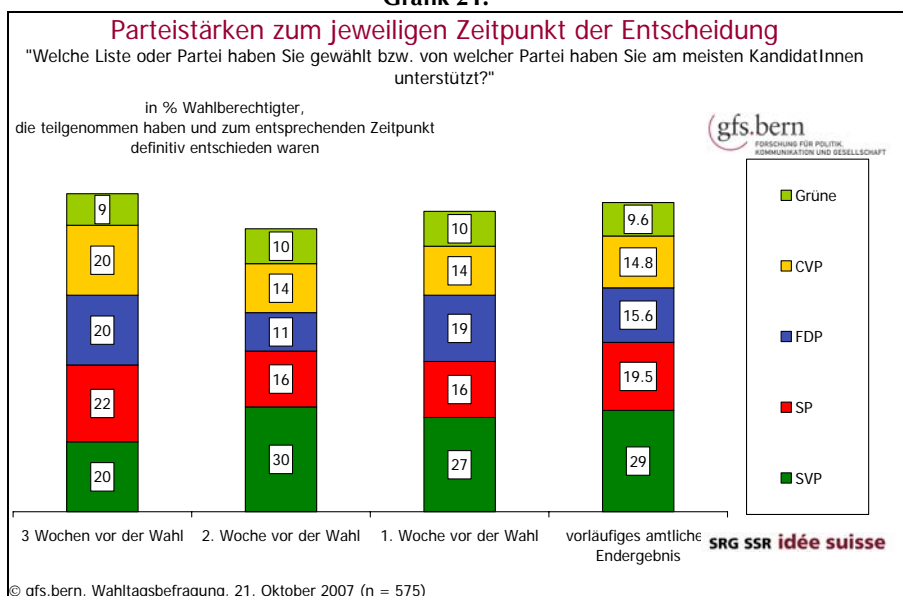
Diese Aufteilung ist insofern von Bedeutung, als am Wochenende zwischen der dritt- und zweitletzten Woche vor den Wahlen der SVP-Umzug in Bern stattfand, begleitet von einer Gegendemonstration und von den Krawallen zwischen der Stadtguerilla und der Berner Polizei. Er gilt als eigentlich zentraler Moment im Schlusswahlkampf.

Grafik 20:



Die Ergebnisse der retrospektiven Analyse lauten: In der dritten Woche vor dem Wahltag waren die definitiven Wahlabsichten ziemlich gleichmässig verteilt. Keine Partei dominierte. Davon unterscheidet sich die zweite Woche gründlich. Es war die eigentliche SVP-Woche. 30 Prozent der EntscheiderInnen, die sich in der zweitletzten Woche vor den Wahlen festlegten, wandten sich in diesen Tagen definitiv der SVP zu. Dafür sackten die SP und die FDP deutlich und beschränkt auch die CVP ab. Die Werte für die SP und die CVP veränderten sich in der Schlusswoche kaum mehr, während sich die FDP mit einem Effort während der Schlussmobilisierung nochmals verbessern konnte. Praktisch unbeeinflusst davon waren die Entscheidungen für die Grünen.

Grafik 21:



Die Gründe hierfür, die von den Befragten selber genannt werden, sind in erster Linie die Medienberichte. Dabei waren die Berichte über die Konfrontation in Bern massgeblich.

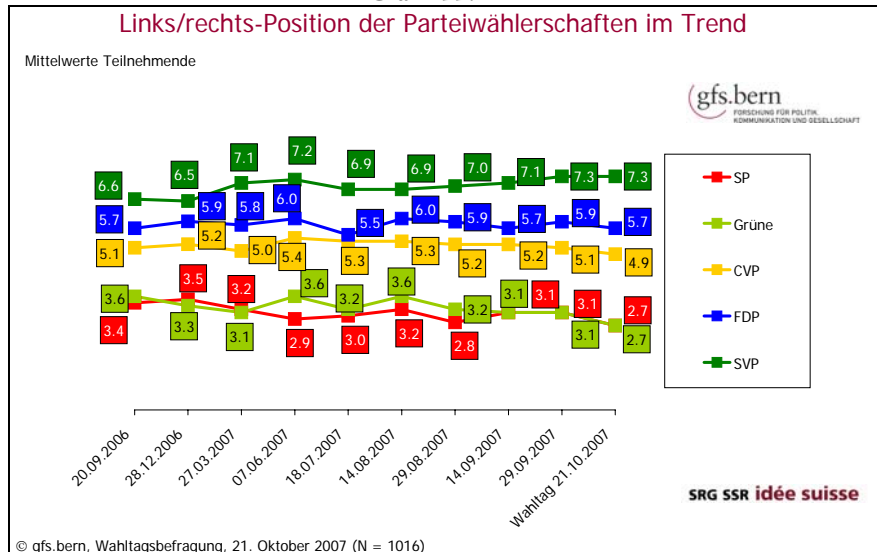
Überträgt man das auf die Entwicklung nach dem letzten Wahlbarometer, kann man folgendes festhalten: Die beiden letzten Wochen waren vor allem für die SP schwierig. Ihr Anteil in der Wählerschaft sank in diesem Zeitraum deutlich. Das hat weniger mit Wechselwählerverlusten in diesen beiden Wochen zu tun, jedoch viel mit einer Demobilisierung. Umgekehrt profitiert vor allem die SVP von der vorletzten Woche. In dieser Woche dürfte es sowohl zu Mobilisierungs- wie auch Wechselwähler-Effekten gekommen sein.

3.7 Die politische Analyse der Parteiwählerschaften 2007

Die Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse stellte sich bei diesen Wahlen neben den parteipolitischen Protagonisten als wichtiges Integrationsmoment und wahlbeeinflussender Faktor heraus. Die Demobilisierungs-, Mobilisierungs- und Wechselwählereffekte bei diesen Wahlen wirkten sich dabei wie folgt auf die durchschnittliche Selbsteinschätzung der Parteiwählerschaften auf der Links-Rechts-Achse aus:

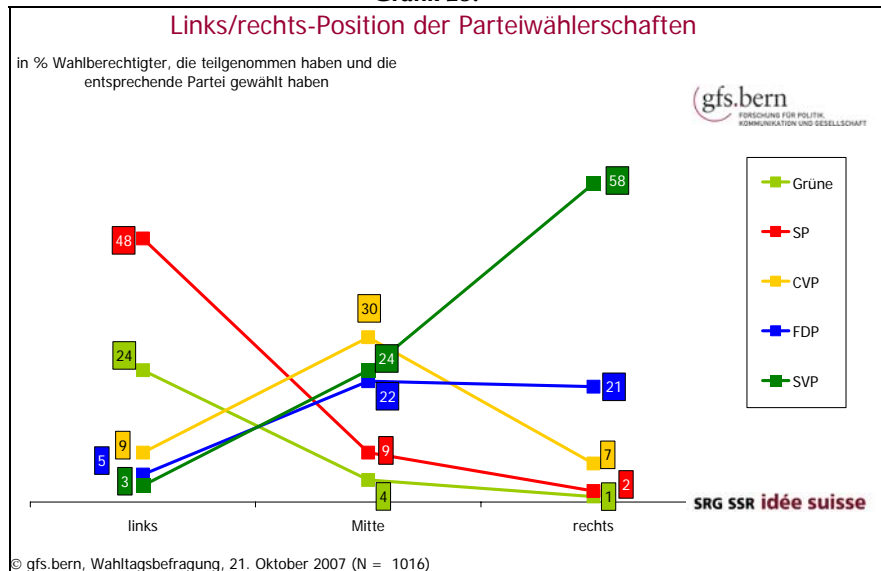
Die Grünen und die SP wandern beide nach links. Die CVP-Wählerschaft positioniert sich nun leicht links der Mitte, und auch die FDP-Wählerschaft bewegt sich in Richtung Mitte, sprich nach links. Einzig die WählerInnen der SVP besetzen nach wie vor deutlich den Pol rechts aussen und erreichen wie schon bei der 9. Wahlbarometer-Welle den höchsten Mittelwert, den das Wahlbarometer 2007 verzeichnete.

Grafik 22:



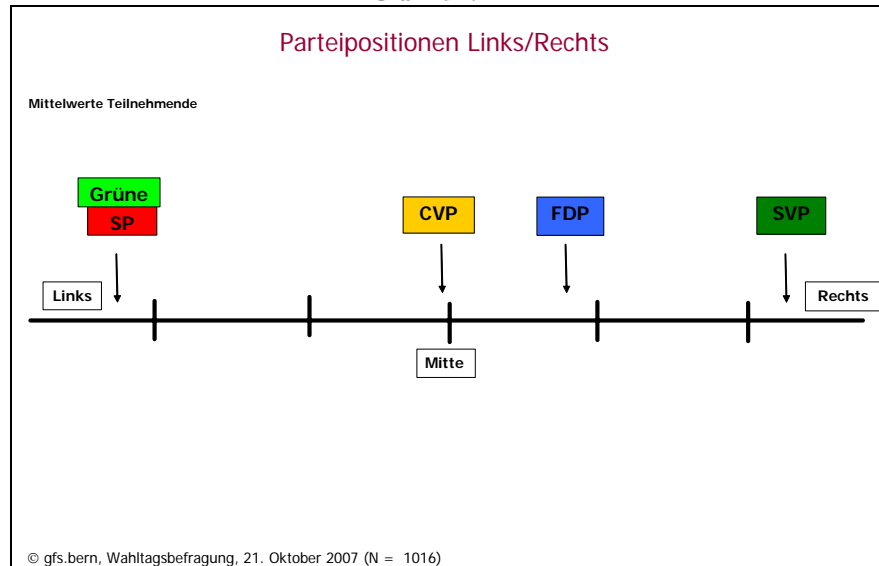
Die rechte Seite des politischen Spektrums wird also nach wie vor mehrheitlich und deutlich von der SVP dominiert, und dies in noch stärkerem Ausmasse als vor den Wahlen. Sie ist nun rechts fast dreimal so stark wie die FDP. Auf der linken Seite dagegen ist die SP nun nur noch doppelt so stark wie die Grünen und verliert die absolute Mehrheit. In der Mitte bleibt die CVP stärkste Partei, gefolgt von der SVP und der FDP. Während die CVP hier zulegen kann, verlieren die SP und die Grünen WählerInnen in der Mitte.

Grafik 23:



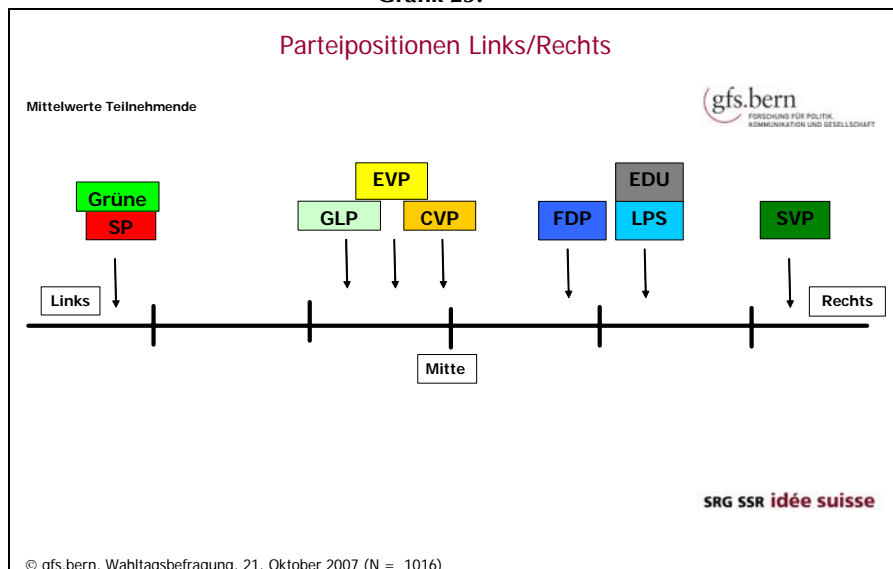
Betrachtet man die Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Achse, stehen nun also SP und Grüne neu deutlicher am linken Pol, die SVP weiterhin deutlich am rechten Pol, und die CVP und FDP jeweils leicht weiter links.

Grafik 24:



Fügt man nun hier noch die Kleinparteien ein, bei denen die Fallzahlen für eine solche Auswertung genügen, zeigt sich folgendes: Die Grünliberale Partei besetzte eine Mitte-Links-Position, ihre Wählerschaft ist jedoch vom Links-Rechts Muster näher an den Positionen der EVP- und CVP- als an jenen der Grünen- und der SP-WählerInnen. Hier gibt es also eine Gruppe von Parteien, deren Wählerschaften sich Mitte-links positionieren. Leicht rechts von der FDP stehen dagegen die EDU und die LPS, die eine Mitte-rechts-Position einnehmen. Damit gibt es ein klar linkes, ein klar rechtes und ein weniger klar Mitte-Lager, das sich in Mitte-rechts und Mitte-links aufteilt.

Grafik 25:



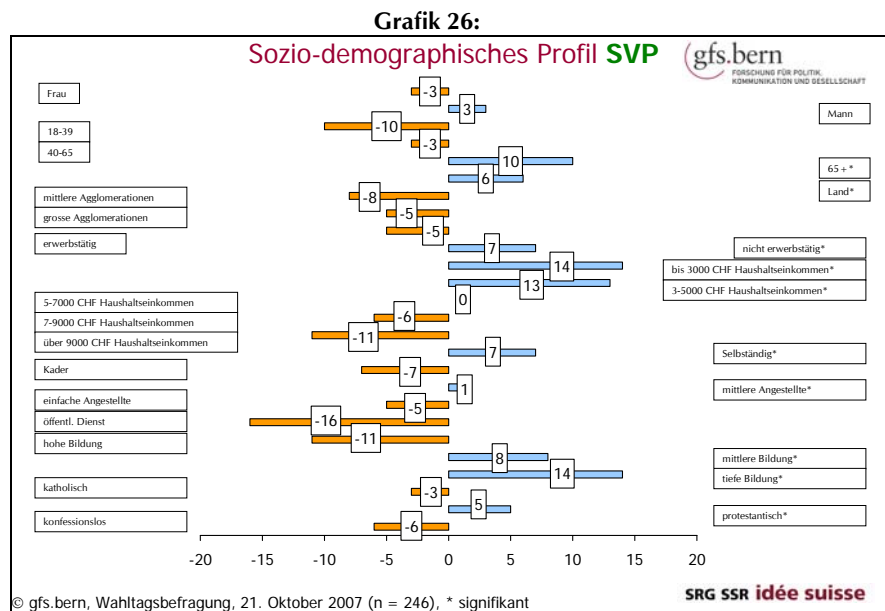
Betrachtet man diese vier drei "Lager" nun von den Sitzanteilen im Nationalrat her, zeigt sich folgendes interessante Bild: SP und Grüne haben zusammen 63 Sitze, einen Sitz mehr als die SVP alleine hat. CVP, GLP und EVP haben zusammen 36 Sitze, FDP und LPS zusammen 35. Die interessante Frage wird nun sein, wie sich die Mehrheiten in den wechselnden Koalitionen finden werden.

3.8 Die sozio-demographische Analyse der Parteiwählerschaften 2007

Wie schon beim 9. Wahlbarometer werfen wir auch bei der Wahltagsbefragung noch einmal einen Blick auf die sozio-demographischen Profile der Parteiwählerschaften und analysieren, ob es Veränderungen gegenüber der letzten Wahlbarometer-Welle resp. den letzten Nationalratswahlen 2003 gibt, und wie diese aussehen.

3.8.1 Das sozio-demographische Profil der SVP

Die SVP bleibt eine Partei, die verstärkt von Älteren und auf dem Land gewählt wird. Wer nicht erwerbstätig ist, eine mittlere oder tiefe Bildung hat und als mittlerer Angestellter arbeitet, der wählt diese Partei ebenfalls überdurchschnittlich. Dies zeigte schon das Wahlbarometer im September. Wie bei den Nationalratswahlen 2003 wurde die SVP 2007 auch von Selbstständigen signifikant stärker gewählt.

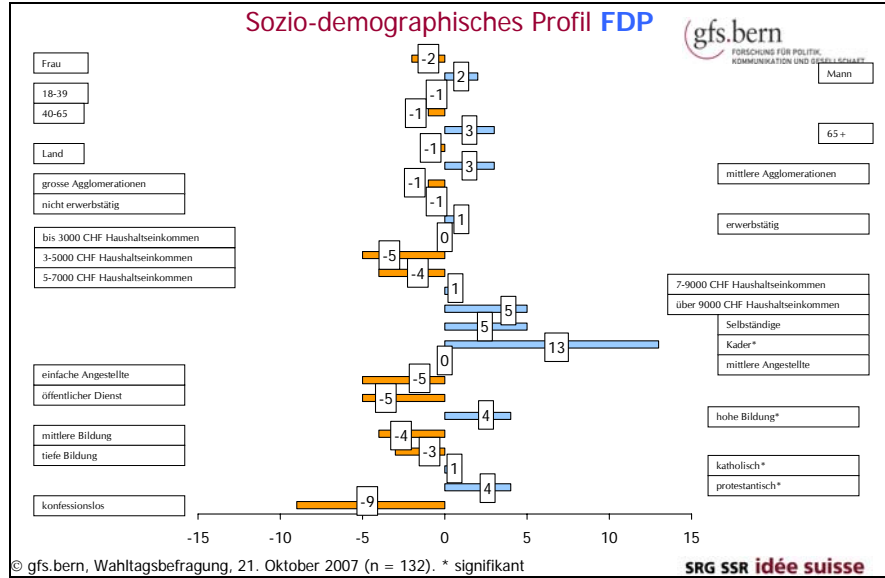


Im Vergleich mit den Nationalratswahlen 2003 konnte die SVP 2007 in den meisten Untergruppen Gewinne verzeichnen. Besonders bei Frauen, älteren Personen, Romands, Personen in kleinen und mittleren Agglomerationen sowie Kaderangehörigen ist ein überdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen. Bei jüngeren, Personen mit sehr hohem Haushaltseinkommen, Selbstständigen und im öffentlichen Dienst Tätigen dagegen verlor sie gegenüber 2003 WählerInnenanteile.

3.8.2 Das sozio-demographische Profil der FDP

Die FDP wurde bei den Nationalratswahlen überdurchschnittlich von Personen mit höherer Bildung und von Kadermitgliedern gewählt.

Grafik 27:

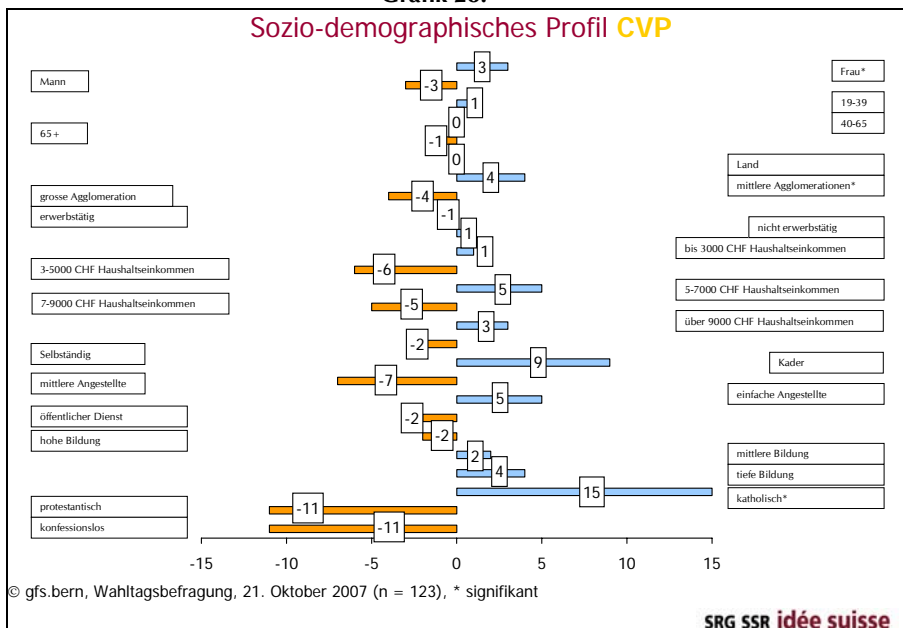


Gegenüber 2003 verliert die FDP flächendeckend, jedoch vor allem bei Frauen, Personen mittleren Alters, Personen mit mittlerem Bildungsniveau und mittlerem Einkommen und in mittleren Agglomerationen. Obwohl sie nach wie vor bei Kaderangehörigen überdurchschnittlich vertreten ist, muss sie auch hier Stimmenverluste hinnehmen.

3.8.3 Das sozio-demographische Profil der CVP

Wie schon vor den Wahlen ist die CVP besonders stark von KatholikInnen präferiert worden. Neu ist sie bei Frauen und in mittleren Agglomerationen signifikant stärker. Sozio-ökonomisch bleibt die CVP-Wählerschaft jedoch auch nach den Nationalratswahlen 2007 kaum bestimmbar.

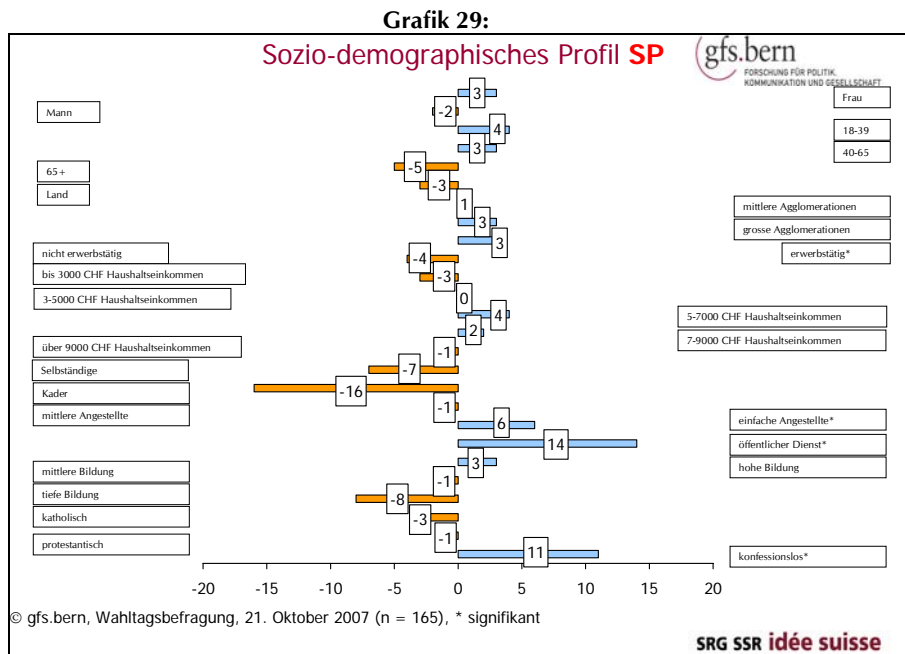
Grafik 28:



Im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2003 verlor die CVP vor allem bei Männern und bei älteren Personen, legte dafür aber bei Frauen und Jüngeren zu. Ebenfalls zulegen konnte sie in mittleren Agglomerationen, wurde dafür aber auf dem Land leicht schwächer.

3.8.4 Das sozio-demographische Profil der SP

Signifikant stärker wurde die SP bei den Nationalratswahlen 2007 nur von Personen, die erwerbstätig, im öffentlichen Dienst oder als einfache Angestellte tätig sind, sowie von Konfessionslosen gewählt. Bei Siedlungsart und Sprachregion zeigen sich in der Wahltagsbefragung keine signifikanten Abweichungen. Neu wurde die SP also in grossen Agglomerationen nicht mehr überdurchschnittlich gewählt. Ebenso gibt es auch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen und den Bildungsschichten.

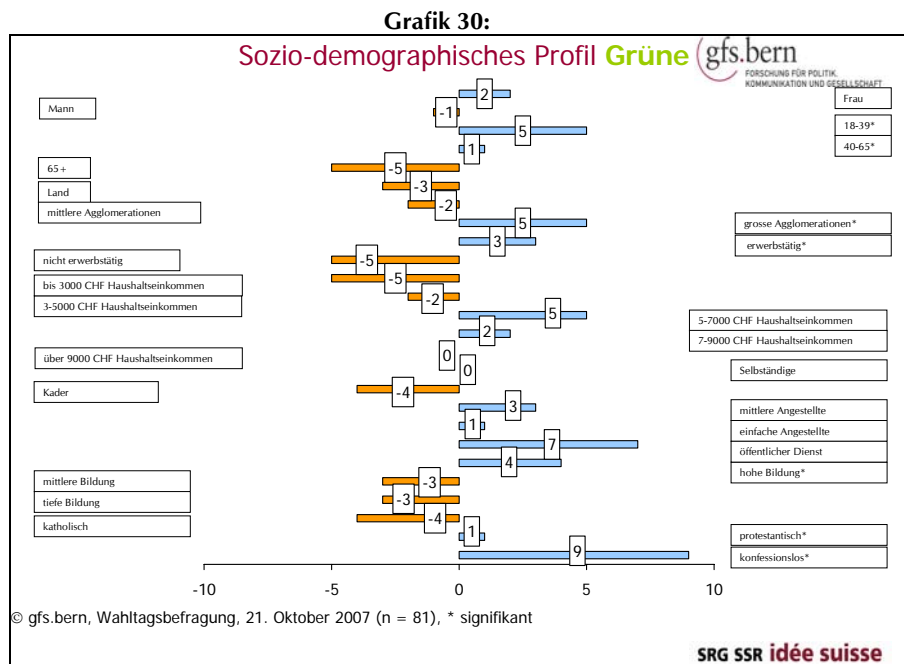


Generell zeigt sich bei der SP, dass sie im Vergleich zum Monat September in allen Untergruppen WählerInnen verloren hat. Überdurchschnittlich verloren hat die SP gerade dort, wo sie vormals signifikant stärker war: Bei den Frauen, bei den Jungen, bei Personen in grösseren Agglomerationen und bei den Hochgebildeten, wenn auch nicht bei den Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Schliesslich hat sie auch in der Romandie überdurchschnittliche WählerInnenverluste hinnehmen müssen.

Auch gegenüber den Nationalratswahlen verzeichnet die SP generelle Verluste, und zwar ebenfalls vor allem dort, wo sie zuvor ihren Stronghold hatte: Bei Jüngeren, bei Konfessionslosen und in grossen Agglomerationen. Dazu verliert sie auch überdurchschnittlich stark bei Männern sowie in allen Bildungsschichten, wenn auch am stärksten bei Personen mit tiefer Bildung.

3.8.5 Das sozio-demographische Profil der Grünen

Anders als die SP wurden die Grünen wie im Wahlbarometer vor allem von jüngeren präferiert und von über 65-jährigen weniger häufig gewählt. Auch in grossen Agglomerationen konnten Sie im Gegensatz zur SP ihren überdurchschnittlichen Stimmenanteil halten. Die Grünen bleiben ebenfalls besonders stark bei Hochgebildeten und Konfessionslosen.



Im Vergleich zum Monat September legten die Grünen vor allem bei Frauen und bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu.

Im Vergleich zu den Nationalratswahlen können die Grünen generell Gewinne verzeichnen, vor allem dort, wo sie zuvor eher unterdurchschnittlich stark waren.

4. Die Synthese

Was also ist bei den Wahlen geschehen?

Nicht selten wurde in den ersten Kommentaren der Begriff "historisch" verwendet. In der Tat gibt es einige Ergebnisse, die in diese Richtung tendieren.

- Mit der zum 5. Mal in Serie erstarbten SVP ist die grösste Partei heute so gross wie noch nie seit Einführung des Proporzwahlrechts.
- Mit den zum 3. Mal hintereinander siegreichen Grünen ist die stärkste Nicht-Regierungspartei soweit vorgerückt wie bisher noch nie.
- Die FDP wiederum hat mit ihrer siebten Niederlage ohne Unterbruch ihren historischen Tiefststand erreicht.
- Demgegenüber gelang es der CVP, nach sechs Verlusten bei Nationalratswahlen eine Trendwende einzuleiten.
- Umgekehrt konnte die SP ihren elektoralen Aufstieg zwischen 1995 und 2003 erstmals nicht mehr fortsetzen und verlor fast soviel, wie sie in 12 Jahren hinzu gewonnen hatte.
- Schliesslich lag die Wahlbeteiligung 2007 so hoch wie seit fast 40 Jahren nicht mehr.

Der Eindruck, dass die Nationalratswahlen diesmal speziell waren, wird auch durch den Index der Volatilität bestätigt. Die Stabilität in den Wahlen zur Volksvertretung nahm in den 90er Jahren ab. Eine Trendwende ist auch 2007 nicht in Sicht.

Geändert hat sich allerdings das zentrale Muster der Veränderungsrichtungen. Es folgt nicht mehr eindeutig jenem der Bi-Polarisierung. Denn es gibt eine erste bekannte und zwei neue Entwicklungen:

Schon jetzt bekannt ist die Konzentration der Wählerschaft auf der rechten Seite. Sie fand 2007 ihre Fortsetzung. Die SD ist von der parlamentarischen Fläche verschwunden. Die Lega und die EDU ihrerseits sind fast bedeutungslos (geworden). Die nationalkonservative Rechte wird damit weitgehend von der stärksten Partei der Schweiz, der SVP, repräsentiert. Die liberale Rechte wiederum, am besten sichtbar anhand der FDP und der LP, konnte angesichts der Konzentration am Pol nicht profitieren.

Neu ist, dass der linke Pol nicht mehr wächst. Das hat vor allem mit dem Rückgang der Stimmen für die SP zu tun. Er verteilt sich auf verschiedene Parteien. Hauptsächlich Nutzniesser sind die Grünen. Sie konnten denn auch elektoral zulegen. Beide Parteien stehen für die linke Wählerschaft der Schweiz, die sich neu gruppiert. Beiden Parteien scheint es aber immer weniger zu gelingen, das linksliberale, ökologisch und/oder sozial eingestellte Segment zu binden. Typisch hierfür ist, dass mit der GLP eine neue Partei entstanden ist, die sich hauptsächlich aus Wählenden der linken Parteien zusammensetzt, der die zu etatistische Ausrichtung von SP und Grünen missfällt.

Damit sind wir bei der dritten Tendenz dieser Wahlen, die leichte Erstarkung des politischen Zentrums. Dafür steht die Trendwende in den Wähleranteilen bei der CVP, aber auch die Annäherung der GLP an die politische Mitte. Schliesslich gehört auch die EVP hierhin, die ihren Wähleranteil minimal steigern konnte.

Was für Erklärungen für diese bekannten resp. neuen Tendenzen ergeben sich aus der Wahltagsbefragung?

Die erste Erklärung betrifft die Mobilisierung von Neuwählenden. Dabei handelt es sich nicht nur um Erstwählende aufgrund des Alters. Vielmehr geht es um BürgerInnen, die 2003 (oder auch früher) nicht gewählt hatten. Sie haben die erhöhte Wahlbeteiligung bewirkt. In der

Wahltagsbefragung sind sie vor allem rechts und in der Mitte mobilisiert worden. Der Linken gelang es schliesslich nur beschränkt, Neuwählende zur Stimmabgabe zu bewegen.

Die zweite Erklärung bezieht sich auf das Wechselwählen. Einmal ist feststellbar, dass die SVP eine positive Wechslerbilanz gegenüber der FDP, CVP und der SP hat. Bei der FDP gibt es eine leicht negative Tendenz auch zur CVP. Diese wiederum verlor aber einige Wählende an die GLP. Auf der linken Seite hat vor allem die SP ehemalige Wählende verloren, zuerst an die Grünen, dann an die GLP. Diese wiederum hat minimal frühere Grün-Wählende angezogen.

Unter dem Strich ist die Schlussbilanz in einigen Punkten anders als noch im 9. Wahlbarometer. Bei der SVP hat sich Neumobilisierung und die Wechslerbilanz verbessert. Bei der SP und den Grünen ist vor allem die Mobilisierung von Neuwählenden zurückgegangen. Und bei der CVP gibt es gewisse Abwanderungen in Richtung SVP.

Den hauptsächlichlichen Grund für diese Verschiebungen in den letzten drei Wochen sehen wir in den Ereignissen während der Schlussmobilisierung. Diese wurde durch den SVP-Umzug in Bern, verbunden mit der Gegendemonstration, den Krawallen der Stadtguerilla und der Polizei bestimmt. Sie determinierte die mediale Berichterstattung vor allem in der vorletzten Woche. Unter dem Strich gesehen hat sie der SVP genützt, vor allem der SP, beschränkt auch den Grünen geschadet.

Was nun sichert heute Parteiidentifikation? - Damit wir kommen wir zu den hauptsächlichlichen Fragestellungen der Wahlanalyse, die nur auf Befragungsbasis geleistet werden kann. Das Hauptergebnis besteht darin, dass die Personenbindungen zentral sind: BundesrätInnen, ParteipräsidentInnen und KandidatInnen sind für Parteibindung zum wichtigsten Relais geworden. Das gilt zwischenzeitlich für alle Parteien im Regierungslager. An zweiter Stelle stehen die Werte, für die eine Partei langfristig steht. Erst als Drittes folgen die Themen, die noch vor dem Stil rangieren. Im Vergleich zu früheren Analysen fällt vor allem die hohe Bedeutung der Personenidentifikation einerseits, der Rückgang der Themenidentifikation andererseits auf.

Das spricht für eine neues Verständnis von Parteien: Sie müssen, um erfolgreich sein, erstens Identifikationen mit dem Spitzenpersonal anbieten. Sie müssen, zweitens, einen klaren politischen Standort einnehmen, und sie müssen, drittens, auf aktuelle Fragen reagieren können. Parteien sind heute ein Mix aus Personen-, Werten- und Themen- und Stilidentifikationen.

In dieser Hinsicht am erfolgreichsten war eindeutig die SVP. Vor allem in der Haupt- und Schlussphase des Wahlkampfes legte sie kräftig zu und erreichte so ihre Rekordwert als Partei.

Anders die SP, die schon vor dem Wahlherbst Mühe hatte, sich zu halten, in den letzten beiden Wochen aber förmlich einbrach. Die Grünen hatten ihren Höhenpunkt im Zusammenhang mit der Klimadebatte, konnten das aber nicht ganz ins Ziel retten.

Recht gut gehalten hat sich im ganzen Wahljahr das Zentrum. Erstmals seit drei Wahlgängen spielte da die CVP eine wichtige Rolle.

Das führt uns zu den drei Hauptaussagen:

- Konzentration rechts
- Umgruppierung rechts
- Sammlung in der Mitte

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



BIANCA ROUSSELOT

Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Gesellschaftsthemen, ad hoc-Studien,
quantitative Methoden, internationale
Forschungskoordination.

[identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations-
und Kampagnenanalysen, Medienwirkungs-
analysen, Abstimmungen, Wahlen.

[identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer.
Schwerpunkte: Komplexe Datenanalytik,
EDV- und Befragungs-Programmierungen,
Hochrechnungen, Parteienbarometer,
Visualisierung.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.

[identität]



MARTINA IMFELD

Projektassistentin.
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.